

II. 12. 1994 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5960/10

1994-01-21

Anfrage

der Abgeordneten Murauer
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend ungleiche steuerliche Belastung von Steuerzahldern beim Grunderwerb zwecks
Hausbau

Laut Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes VGH 91/16/0031 vom 25.2.1993 wird ein vorgegebenes Baukonzept, das von einem Grundstückskäufer miterworben wird, in den grunderwerbs- und mehrwertsteuerrechtlichen Erwerbsvorgang einbezogen. Hierbei kommt es zu einer offensichtlichen steuerrechtlichen Ungleichbehandlung zwischen jenen Bürgern, die unabhängig vom Grunderwerb selber als Bauherr auftreten, und solchen, die mit dem nötigen Grundstück gleichzeitig ein fertiges oder teifertiges Eigenheim miterwerben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Womit können Sie diese offensichtliche Ungleichbehandlung von Steuerzahldern rechtfertigen?
2. Gedenken Sie in absehbarer Zeit diesen Zustand zu ändern?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Sehen Sie Möglichkeiten, zumindest die Ein- und Zweifamilienhäuser und bäuerlichen Wohnraum davon auszunehmen?
5. Wenn nein, warum nicht?